

Die Situation älterer Menschen in der Phase nach dem Erwerbsleben

Aufgrund der steigenden Lebenserwartung einerseits und des tendenziell gesunkenen Renteneintrittsalters andererseits hat die nachberufliche Lebensphase in der Vergangenheit sowohl für jeden Einzelnen als auch für die Gesellschaft insgesamt an Bedeutung gewonnen. Anfang des 20. Jahrhunderts kamen nur wenige Menschen in den Genuss einer – damals in keinem Fall die Existenz sichernden – Rente. Heute ist die nachberufliche Zeit eine eigenständige Lebensphase, die von vielen noch wenigstens 10 bis 20 Jahre aktiv gestaltet werden kann.

Während in früheren Beiträgen zum Thema bereits auf die verschiedenen Zeitverwendungsmuster Älterer hinsichtlich ihrer Freizeitaktivitäten, aber auch hinsichtlich produktiver Tätigkeiten eingegangen wurde¹, steht im Mittelpunkt dieses Beitrags vor allem die gesellschaftliche Teilhabe und aktive Gestaltung dieser Lebensphase. Dies setzt ein gewisses Maß an sozialer Integration voraus, das durch die Frühverrentungsprozesse in den letzten Jahren unter Umständen negativ beeinflusst wurde. Im Folgenden soll daher der Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit die Ausgestaltung des Übergangs in die Rente Auswirkungen auf die mögliche gesellschaftliche Integration hat oder aber – im Sinne einer Bruchstelle – den Abschluss immer größerer Bevölkerungsteile bewirkt. Mit diesem Aspekt eng verbunden ist die Frage nach den (Aus-)Wirkungen ehrenamtlichen Engagements für die Betroffenen selbst sowie für die Gesellschaft an sich – und dies noch völlig unabhängig von dem jeweiligen Engagementbereich. Denn der Übergang in die Rentenphase gelingt nicht selbstverständlich. Während es sicherlich einer nicht geringen Zahl von Älteren möglich ist, die neu gewonnene Zeit in gutem Gesundheitszustand und mit ausreichenden finanziellen Ressourcen zu genießen – beispielsweise auf ihrem Altersruhesitz auf Mallorca, durch körperliche Betätigung im eigenen Garten oder auch dadurch, dass sie lange geplantes soziales Engagement nun in die Tat

umsetzen –, gibt es auf der anderen Seite nicht wenige, die nicht in der Lage sind, diese Lebensspanne sinnvoll zu gestalten. Das ist vor allem dann nicht möglich, wenn der Rente lange Phasen der Arbeitslosigkeit vorausgingen. Gerade auch die Altersteilzeit, die eine sinnvolle Variante eines gleitenden Rentenübergangs darstellt und an sich idealtypisch bereits mit anderen sinnstiftenden – nicht nur ehrenamtlichen – Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit kombiniert werden könnte², verfehlt als Blockmodell diese Intention. So hat sich in der Praxis gezeigt, dass von den Arbeitnehmern in Altersteilzeit in der Regel eben nicht die Variante der stufenweisen Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und der Inanspruchnahme einer Altersrente gewählt wird, sondern diese lieber Vollzeit weiterarbeiten, dafür aber weit vor dem 65. Lebensjahr in den Ruhestand gehen.

I. Entwicklungen im Rentenzugang

In der Vergangenheit wurde der Rückgang der Alterserwerbsbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland eine Vielzahl von (Früh-)Verrentungsmöglichkeiten gefördert, die aufgrund der angespannten Arbeitsmarktsituation sowohl von den Unternehmen als auch von Gewerkschaften und vom Staat begrüßt wurden. So wurde und wird z. T. bis heute in Deutschland der Übergang in den Ruhestand aufgrund von Vorruhestandsregelungen, einer erweiterten Erwerbsunfähigkeitsbetrachtung, des § 428 SGB III (Bezug von Arbeitslosengeld unter erleichterten Voraussetzungen), einer verlängerten Bezugsdauer von Arbeitslosengeld in Verbindung mit der „Rente wegen Arbeitslosigkeit“ (ab einem Alter von 60 Jahren³) sowie – teilweise – durch betriebliche

2 Zu einem entsprechenden Modell vgl. Fritz Böhle, *Alter und Arbeit – Erwerbsarbeit zwischen Markt und Staat als neue Herausforderung für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik*, in: Christoph von Rothkirch (Hrsg.), *Altern und Arbeit. Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft*, Berlin 2000.

3 Nach dem Gesetz haben auch diejenigen Arbeitnehmer Anspruch auf Arbeitslosengeld, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, auch wenn sie die Regelvoraussetzung, nämlich als registrierter Arbeitsloser dem Arbeitsmarkt uneingeschränkt zur Verfügung zu stehen, nicht erfüllen.

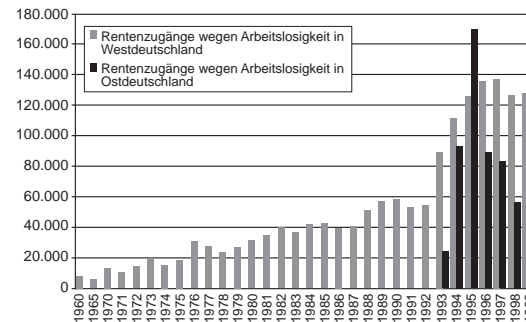
1 Vgl. etwa Petra Brösch/Gerhard Naegele/Christiane Rohleder, *Freie Zeit im Alter als gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 35–36/2000, S. 30–38.

Abfindungen erleichtert. Gerade auch in Ostdeutschland wurden massiv vorgezogene Renten – z. T. über den Umweg der „Stillen Reserve in Maßnahmen“ bzw. der „Stillen Reserve im weiteren Sinn“⁴ – als adäquate Lösung für die dramatischen Engpässe auf dem Arbeitsmarkt angesehen.

Graphik 1 gibt die Entwicklung des Rentenzugangs wegen Arbeitslosigkeit in die gesetzliche Rentenversicherung in West- und Ostdeutschland wieder. Während 1960 nur etwa 1,6 Prozent aller Rentenzugänge in Westdeutschland „Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit“ waren, stieg deren Anteil im Jahr 1997 auf 16,1 Prozent an. Seitdem ist wieder – aufgrund der etwas besseren konjunkturellen Lage und der zusätzlich demographisch bedingten Abnahme der Arbeitslosigkeit – ein leicht fallender Trend zu beobachten (1999: 14,1 Prozent). In Ostdeutschland lag, sofern methodische Probleme wie die Änderung des Datensatzaufbaus oder die Einführung des Rentenreformgesetzes (RRG '92) in den Jahren 1993 und 1994 die tatsächlichen Entwicklungen nicht überlagerten, der Höhepunkt der „Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit“ mit einem Anteil von 40,5 Prozent an allen Rentenzugangsarten im Jahr 1995.

Darüber hinaus zeigen Daten des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, dass nur etwa 10 Prozent der ostdeutschen Männer und 15 Prozent der ostdeutschen Frauen am 31. Dezember 1995 – ein Jahr vor ihrem Rentenzugang im Jahr 1996 – versicherungspflichtig beschäftigt waren, sich aber etwa 83 Prozent der Männer und 77 Prozent der Frauen im Vorruhestand bzw. in Arbeitslosigkeit befanden⁵. Somit hat vor allem Anfang bis Mitte der neunziger Jahre eine Entlastung des ostdeutschen Arbeitsmarktes insbesondere über die Ausgliederungsprozesse der älteren Arbeitnehmer stattgefunden. Dabei ist zu beachten, dass die Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelungen in einem nicht uner-

Graphik 1: Entwicklung des Rentenzugangs nach ausgewählten Rentenarten in West- und Ostdeutschland zwischen 1960 und 1999 (Angaben in absolut)⁶



1991/92 Untererfassung in Westdeutschland aufgrund RRG '92 und Änderung des Datensatzaufbaus. 1993/94 in Ostdeutschland einschließlich der im Jahr 1992 aufgrund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche (RRG = Rentenreformgesetz).

heblichen und zunehmenden Maß weniger den Präferenzen der Arbeitnehmer als vielmehr den Rationalisierungsstrategien mit entsprechenden Ausgliederungsmaßnahmen der Unternehmen entsprach bzw. entspricht⁷.

Die Betrachtung der Versichertenrenten nach Jahrganggruppen (Kohorten) – hier für Westdeutschland – zeigt noch deutlicher, dass das Risiko, über eine Phase der Arbeitslosigkeit aus dem Arbeitsmarkt auszuscheiden, in der Vergangenheit drastisch zugenommen hat (vgl. Graphik 2). Während Angehörige der Alterskohorte der 1904 geborenen Frauen und Männer nur sehr selten (1,8 Prozent) Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit bezogen, erhielten bereits 12,5 Prozent der Angehörigen des Geburtsjahrganges 1933 – jede bzw. jeder Achte – eine solche Rente.

Da auch für die Zukunft – trotz mittel- bis langfristig zu erwartender demographisch bedingter Abnahme der Erwerbsbevölkerung – eine Beschäftigungslücke bzw. eine Arbeitslosenquote zwischen 4,0 Prozent und 12,6 Prozent (je nach Szenario) im Jahr 2040 prognostiziert wird⁸, wird das Problem hoher Arbeitslosigkeit – insbesondere wohl für Ältere – in der Bundesrepublik

4 Die „Stille Reserve in Maßnahmen“ bzw. die „Stille Reserve in weiterem Sinn“ umfasst die Personen, die weder arbeitslos gemeldet noch erwerbstätig sind, sich aber in arbeitsmarkt- oder sozialpolitischen Aktivitäten befinden oder von verschiedenen Regelungen (z. B. Vorruhestandsregelung) betroffen sind. Vgl. Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1999 und 2000, in: MittAB, 33 (2000) 1, S. 5 ff. (MittAB = Mitteilungen der Arbeitsmarktberichterstattung).

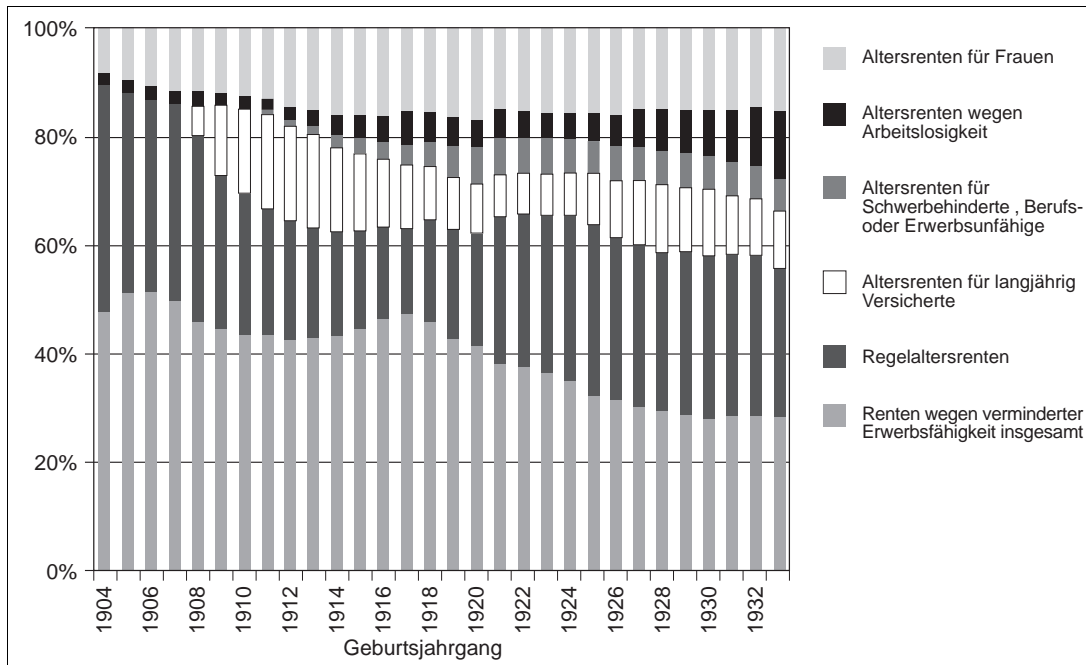
5 Vgl. Uwe Rehfeld, Der Arbeitsmarkt: Eckpfeiler für die gesetzliche Rentenversicherung. Anmerkung aus statistisch-empirischer Sicht, in: INIFES/ISF/SÖSTRA (Hrsg.), Erwerbsarbeit und Erwerbsbevölkerung im Wandel. Anpassungsprobleme einer alternden Gesellschaft, Frankfurt/M. – New York 1998, S. 169 f. (INIFES = Internationales Institut für empirische Sozialökonomie; ISF = Institut für sozialwissenschaftliche Forschung e. V.; SÖSTRA = Institut für sozialökonomische Strukturanalysen e. V.).

6 Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.), Rentenversicherung in Zeitreihen. Ausgabe 2000, Frankfurt am Main 2000, S. 51.

7 Vgl. Dieter Bogai/Doris Hess/Helmut Schröder/Menno Smid, Binnenstruktur der Langzeitarbeitslosigkeit älterer Männer und Frauen, in: MittAB, 27 (1994) 2, S. 74 ff.

8 Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.), Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“, Bonn 1998, S. 227.

Graphik 2: Versichertenrenten in Westdeutschland mit einem Rentenbeginn vor dem 66. Lebensjahr nach Jahrgangsguppen (Angaben in Prozent)⁹



Ohne Erziehungsrenten, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG. Ab dem Geburtsjahrgang 1931 liegt zum Teil eine Untererfassung wegen verspäteter Antragstellung bzw. Meldung vor.

Deutschland in Zukunft weiterhin bestehen. Darüber hinaus wird eher mit einer Verschärfung der Problematik zu rechnen sein, denn nach dem Rentenreformgesetz 1999 ist in Zukunft die vorzeitige Inanspruchnahme der „Rente wegen Arbeitslosigkeit“ oder nach Altersteilzeit nur noch unter Inkaufnahme von Abschlägen möglich. Somit besteht auch zukünftig die Gefahr, dass „die Zahl derjenigen Personen (wächst, d. Verf.), die in die Ökonomie nicht mehr integriert werden können und gleichzeitig durch die Maschen wohlfahrtsstaatlicher Netze fallen, ... – Menschen werden nicht mehr ausgebeutet und nicht mehr beherrscht, sie sind vielmehr einfach überflüssig“¹⁰.

Damit könnte es wichtig werden, neben dem Arbeitsmarkt einen weiteren Bereich zu haben, in dem Menschen gesellschaftliche Ausschlussverfahren überwinden können. Zwar gibt es eine Reihe von Modellen und Strategien zur Erhaltung

der Beschäftigungsfähigkeit Älterer für den Arbeitsmarkt¹¹, allerdings wird diesen – sofern sie sich nur auf arbeitsmarktpolitische Instrumente beschränken – oft aus Kosten- bzw. Effizienzgründen nur begrenzter Erfolg unterstellt. Gesellschaftliche Integration könnte daher auch durch die gezielte Förderung der Teilhabe an der vielfach vorhandenen gesellschaftlichen Arbeit – vor allem im Bereich der sozialen Dienste oder aber auch der Ökologie – stattfinden. Diese gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten könnten sowohl zur Identifikation, Sozialisation und sozialen Integration der betroffenen Menschen in die Gesellschaft beitragen als auch dazu dienen, deren wertvolles Human- und Sozialkapital für die Gesellschaft zu erhalten. Es müsste allerdings gewährleistet sein, dass dadurch kein Prozess der Substitution von Erwerbsarbeit ausgelöst wird¹². Generell kann jedoch davon ausgegangen werden, dass es sich bei ehrenamtlichem Engagement um eine spezifische „Qualität“ von Tätigkeiten handelt, die ansonsten in der Regel nicht erbracht

⁹ Vgl. Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Anm. 6), S. 66.

¹⁰ Marion Müller/Larissa von Paulberg-Muschiol/Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Exklusion? Das Beispiel Wohnungslosigkeit, in: Hermann Schwengel (Hrsg.), Grenzenlose Gesellschaft?, Band II/1. Sektionen, Forschungskomitees, Arbeitsgruppen, Pfaffenweiler 1999, S. 508.

¹¹ Siehe auch den Beitrag von Ernst Kistler und Markus Hilpert in diesem Heft.

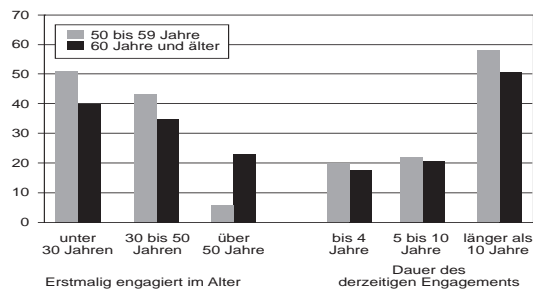
¹² Vgl. Dorit Sing/Ernst Kistler, Neue Chancen für Frauen? Zwischen Arbeit und Ehrenamt, Düsseldorf 2000.

werden würden (z. B. Hol- und Bringdienste für Behinderte zu kulturellen Veranstaltungen etc.).

II. Der Übergang in Rente und ehrenamtliches Engagement

Die Lebenssituation in der Phase nach dem Erwerbsleben wird durch die Erfahrungen geprägt, die die Menschen vor ihrem Austritt aus dem Arbeitsleben gemacht haben. So wird ehrenamtliches Engagement häufig schon weit vor dem Erreichen der Rente bzw. Pension aufgenommen (vgl. *Graphik 3*).

Graphik 3: Freiwilliges Engagement von älteren Personen in Deutschland 1999 nach Alter der erstmaligen Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit sowie Dauer des derzeitigen Engagements (Angaben in Prozent)¹³



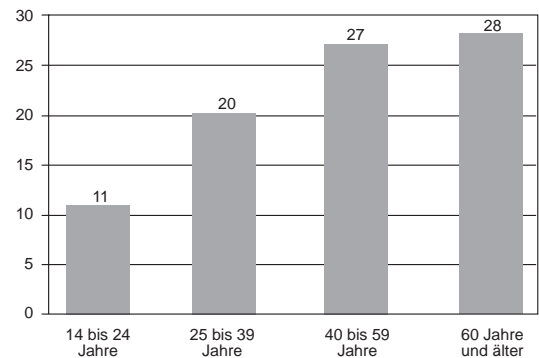
Das durchschnittliche Alter, das Menschen zu Beginn des Engagements nach Ehrenamtsbereichen haben, zeigt, dass ein ehrenamtliches Engagement in jungen Jahren vor allem bei der freiwilligen Feuerwehr (ca. 22 Jahre) oder in der außerschulischen Jugendarbeit (ca. 30 Jahre) aufgenommen wird. Im sozialen Bereich engagieren sich Menschen erst im Alter von durchschnittlich 42 Jahren, bürgerschaftliche Aktivitäten am Wohnort oder im Gesundheitsbereich werden im Alter von etwa 41 Jahren begonnen. Tatsächlich sind der „Soziale Bereich“ (42 Prozent) und der „Gesundheitsbereich“ (16 Prozent) vor allem auch die Bereiche, in denen ehrenamtlich Interessierte

13 Vgl. Ulrich Brendgens/Joachim Braun, *Freiwilliges Engagement von Senioren*, in: Bernhard von Rosenblatt (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. Zusammenfassender Gesamtbericht, hekt. Ms., München 2000, S. 110.

im Alter von 60 und mehr Jahren noch freiwillig Aufgaben übernehmen würden¹⁴.

Inwiefern die frühere Erwerbstätigkeit im Zusammenhang mit dem ehrenamtlichen Engagement steht, kann aus *Graphik 4* entnommen werden. Man sieht, dass gerade bei den älteren freiwillig Engagierten doch eine gewisse Verbundenheit zu ihrer früheren Erwerbstätigkeit besteht.

Graphik 4: Zusammenhang zwischen beruflicher Tätigkeit und Engagement bei den freiwillig Engagierten in Deutschland 1999 nach dem Alter (Angaben in Prozent)¹⁵



Frage: „Hat Ihre ehrenamtliche Tätigkeit mit der beruflichen Tätigkeit zu tun, die Sie ausüben oder früher ausgeübt haben?“

Entscheidend für die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, dürfte jedoch vor allem die individuelle Motivation der Beteiligten bzw. der an ehrenamtlichem Engagement Interessierten sein. Dabei stehen, wie *Graphik 5* zeigt, weniger Gründe wie der berufliche Nutzen oder die soziale Anerkennung im Vordergrund, sondern vor allem der „Spaß“ an der Tätigkeit oder die sozialen Kontakte.

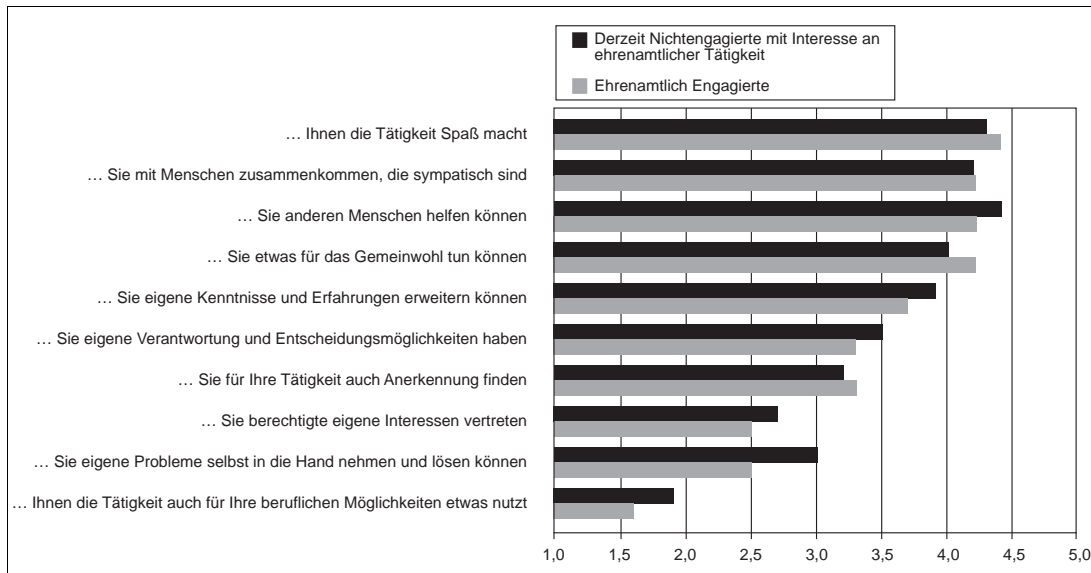
Zwar sind die Hintergründe bzw. Motive zu ehrenamtlichem Engagement generell äußerst vielfältig¹⁶ – aus verschiedenen empirischen Untersuchungen lassen sich jedoch vor allem drei biographisch beeinflusste Motivmuster identifizieren.

14 Vgl. Bernhard von Rosenblatt, *Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten und bürgerschaftliches Engagement*. Repräsentative Erhebung 1999. Materialband, hekt. Ms., München 1999.

15 Vgl. Hans Günter Abt/Joachim Braun, *Zugangswege zu Bereichen und Formen des freiwilligen Engagements in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement in Deutschland*, hekt. Ms., Köln 2000, S. 30.

16 Vgl. D. Sing/E. Kistler (Anm. 12).

Graphik 5: Statements von ehrenamtlich engagierten und derzeit nicht engagierten, aber an ehrenamtlicher Tätigkeit interessierten Personen über 60 Jahren in Deutschland 1999¹⁷



Frage: „Welche Erwartungen verbinden Sie mit dieser Tätigkeit? Wie wichtig ist Ihnen, dass . . .“

Frage: „Wenn Sie sich engagieren würden, was wäre Ihnen dann wichtig an einer ehrenamtlichen Tätigkeit? Wie wichtig wäre Ihnen, dass . . .“

Mittelwerte einer Skala von 1 (= trifft nicht zu) bis 5 (= trifft in sehr hohem Maß zu).

ren¹⁸, die „je nach konkreter Aufgabe, Lebenslage und Persönlichkeit . . . unterschiedlich kombiniert“¹⁹ sein können.

Von diesen scheint bezüglich der hier relevanten Problemstellung vor allem der Aspekt der Bewältigung von Lebenskrisen bzw. von aktuellen Problemlagen²⁰ sowie der Wunsch nach einer biographischen Um- bzw. Neuorientierung²¹ interessant.

17 Vgl. B. v. Rosenblatt (Anm. 13), Tabelle 47 und 95 der personenebezogenen Auswertung.

18 Vgl. Gisela Jakob, Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biographieanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements, Opladen 1993.

19 Irene Kühnlein, Motivlagen, Sinnquellen und Identitätsrelevanz erwerbsarbeitsunabhängiger sozialer Tätigkeiten, hekt. Ms., München 1997, S. 2.

20 „Ausgangspunkt für eine ehrenamtliche Tätigkeit dieses Typus ist eine persönliche Problemlage oder eine Lebenskrise. Es geht zentral um die Bewältigung von biographischen Bruchsituationen. Das freiwillige soziale Engagement dient als ‚Form einer Bearbeitungsstrategie für biographische Verletzungs- und Verlusterfahrungen‘ und als ‚Problembearbeitungsstrategie bei eigener Betroffenheit‘. Das Motiv für die Bereitschaft, anderen zu helfen, ist mit dem eigenen Bedürfnis verknüpft, neue Sinnhorizonte erschließen zu können, Bewältigungsmöglichkeiten für die eigene Problematik zu finden oder auch dazu, von den eigenen Problemen abgelenkt zu werden.“ I. Kühnlein (Anm. 19), S. 4.

21 „Diese Motivlage kann mit sehr verschiedenen individuellen Zielrichtungen und Lebenslagen verbunden sein. In diesem Fall ist eine Nähe bzw. fließender Übergang zu

Auch wenn eine christlich-moralische oder humanistisch-weltanschauliche Haltung als dritter genannter Punkt immer noch für ehrenamtliches Engagement relevant ist und nicht in Frage gestellt werden sollte, so können vor dem Hintergrund der hier betrachteten Lebensphase vor allem die beiden erstgenannten Motive Hinweise auf die Gründe bzw. Ziele des individuellen Engagements geben.

Gerade die „Brucherfahrungen“ beim Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit bzw. in den (Vor-) Ruhestand könnten damit ein wesentlicher Anlass für diese Personengruppe sein, sich ehrenamtlich zu engagieren: „Die aktuellen gesellschaftlichen Umbrüche bilden mithin eine brisante Mischung ‚riskanter Chancen‘.“²² Denn während Erwerbsarbeit eine strukturierende Größe im Alltag darstellt, besteht für viele in der Nacherwerbsphase – Gleiches gilt übrigens auch für nicht erwerbstätige Frauen nach Abschluss ihrer Familientätigkeit (Kindererziehung etc.) in der so genannten „Leeres-

professionellen Tätigkeiten durchaus erwünscht. Konzentration auf effektive Zielerreichung, Neuerwerb von Fertigkeiten und Qualifizierung sind wichtige Folgemotivationen.“ I. Kühnlein (Anm. 19), S. 4.

22 Heiner Keupp, Individualisierter Gemeinsinn. Über gesellschaftliche Solidarität, in: UNIVERSITAS, (1997) 7, S. 641.

Nest-Phase“ – die Gefahr des „structural lag“, d. h., in dieser Lebensphase gibt es (zunächst) keine vorgegebenen Tätigkeitsstrukturen mehr.

III. Der Übergang aus Arbeitslosigkeit in Rente und ehrenamtliches Engagement

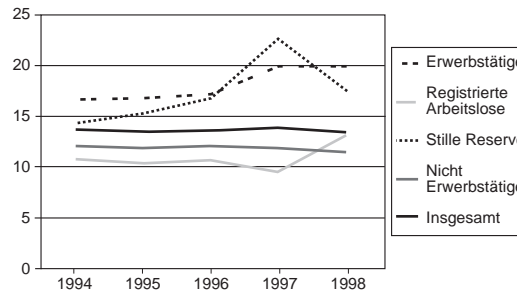
Allerdings ist der Übergang aus der Arbeitslosigkeit in ein ehrenamtliches Engagement insofern problematisch, als es in der Regel weniger die Arbeitslosen sind, die sich ehrenamtlich engagieren. Dies gilt auch für die älteren Arbeitslosen (vgl. *Graphik 6*), die – gefolgt von den Nichterwerbstätigen – in den vergangenen Jahren nach Auswertungen des Sozioökonomischen Panels (SOEP) fast immer die geringste ehrenamtliche Beteiligung aufwiesen.

Weitere Auswertungen des SOEP belegen ferner für den Untersuchungszeitraum zwischen 1994 bis 1998: Von den Personen, die 1994 50 Jahre alt und älter waren und die zu diesem Zeitpunkt einer Erwerbsarbeit nachgingen, waren 1998 noch 57 Prozent erwerbstätig, 15,2 Prozent waren in die Erwerbslosigkeit übergegangen, 27,8 Prozent zählten 1998 zu den Nichterwerbstätigen, d. h. Rentnern bzw. Pensionären. Von denen, die 1994 ehrenamtlich engagiert waren, waren 1998 insgesamt noch 73,3 Prozent engagiert²³.

Auffällig bei der Untersuchung ist vor allem, dass Personen, die in den Jahren nach 1994 in die Erwerbslosigkeit übergangen, zu einem überdurchschnittlich hohen Prozentsatz ihr Engagement beibehielten. 1995 waren noch 87,5 Prozent und 1998 noch 81,8 Prozent von diesen ehrenamtlich engagiert. Dies bedeutet, dass ehrenamtliches Engagement durchaus eine Möglichkeit darstellt, Menschen eine Möglichkeit gesellschaftlicher Integration zu bieten. Allerdings funktioniert dies – wie die Erfahrung zeigt – nur dann gut, wenn das Engagement schon vor der Phase der Erwerbslosigkeit bestand. Denn die Gegenüberstellung mit der Personengruppe, die 1994 ebenfalls 50 Jahre und älter, aber schon zu diesem Zeitpunkt erwerbslos war, zeigt, dass einerseits der Zugang zum ehrenamtlichen Engagement wesentlich seltener gelingt,

23 Dem Abgang aus dem ehrenamtlichen Engagement stand ein Zugang aus den bisher nicht Engagierten von 6,4 Prozent gegenüber. Da die Gruppe der im Jahr 1994 Nichtengagierten wesentlich größer war (83,3 Prozent) als die der Engagierten (16,7 Prozent), stieg die Zahl derjenigen, die sich 1998 ehrenamtlich betätigten, im Verhältnis zu denen aus dem Jahr 1994 leicht an (1998: 17,7 Prozent; 1994: 16,7 Prozent).

Graphik 6: Gruppenspezifische Quoten für ehrenamtliches Engagement von Personen über 50 Jahren in Deutschland 1994–1998 (Angaben in Prozent)²⁴



In der Stillen Reserve sind Personen, die nicht erwerbstätig und nicht beim Arbeitsamt als Arbeitslose registriert sind, dennoch aber eine Erwerbsarbeit suchen.

wenn die Person nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden kann oder sie in die Nichterwerbstätigkeit ausscheidet, andererseits das bestehende ehrenamtliche Engagement umso stärker nachlässt, je länger die Erwerbslosigkeit andauert²⁵.

Eine eigene qualitative Befragung in ausgewählten Arbeitseinrichtungen (wie Arbeitsloseninitiativen, Arbeitslosenzentren etc.) in Bayern im Jahr 2000 zeigt ferner²⁶, dass gerade die älteren Arbeitslosen nur sehr selten zu ehrenamtlichem Engagement bereit sind, da sie einerseits finanziell auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, andererseits in einer Gesellschaft, die sie aus einem der zentralsten Lebensbereiche, nämlich der Erwerbsarbeit, ausgeschlossen hat, nicht auch noch unbezahlte Arbeit leisten wollen.

Da auf der anderen Seite in diesen Einrichtungen immer wieder die Erfahrung gemacht wurde, dass engagierte Personen, die in der Regel auch schon vor der Phase der Arbeitslosigkeit aktiv waren, schneller aus dieser Situation wieder herausfinden und in den Arbeitsmarkt integriert werden, wird von einigen Einrichtungen generell versucht, die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen „in Bewegung“ zu bringen bzw. zu aktivieren, indem die Arbeitslosen beispielsweise in die Aufgaben der Einrichtungen eingebunden werden oder

24 Vgl. Auswertungen des SOEP 1994 bis 1998, eigene Berechnungen.

25 Vgl. auch Marcel Erlinghagen, Zur Dynamik von Erwerbstätigkeit und ehrenamtlichem Engagement in Deutschland, DIW-Diskussionspapier 190, Berlin 1999.

26 Diese Erhebung erfolgte im Rahmen des Projektes „Ehrenamtliche Tätigkeiten und Erwerbsarbeit. Theoretische Aspekte und empirische Befunde zur Arbeitsmarktrelevanz des Ehrenamtes“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird.

indem spezielle Gelegenheiten geschaffen werden, bei denen die Einzelnen ihre „Talente“ einbringen können. Dies lässt vermuten, dass die Arbeitslosen in einem Rahmen, in dem sie Hilfe erfahren, durchaus zur aktiven Mitarbeit bereit sind. Ein gegenseitiges Geben und Nehmen sowie das Eingebundensein in soziale Netze können somit als Voraussetzungen für Engagementbereitschaft gewertet werden. Allerdings gelangt man auch hier an Grenzen, wenn z. B. für einfache Tätigkeiten die Grundvoraussetzungen wie Pünktlichkeit oder Zuverlässigkeit bei den Arbeitslosen nicht vorhanden sind. So wurde neben der häufig fehlenden Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement von den Leitern der Einrichtungen gerade bei Langzeitarbeitslosen auch die nicht vorhandene Qualifikation als Argument für die mangelnde Integrationsfähigkeit angeführt. Denn auch Ehrenamt setzt ein gewisses, oft hohes Maß an Qualifikation bzw. Qualifizierbarkeit voraus²⁷.

Dies bedeutet letztlich, dass der Übergang in Rente durch den vorzeitigen (unfreiwilligen) Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt nicht zur absoluten Bruchstelle im Lebenslauf der Gesellschaftsmitglieder werden darf. Mittel- bis langfristig müsste daher ein gesellschaftliches Umdenken einsetzen, so dass rechtzeitig geeignete Maßnahmen getroffen werden können, die eine echte Alternative zur fehlenden Arbeitsmarktintegration bieten bzw. die den negativen Effekten (z. B. „Tunneleffekt“ bei Langzeitarbeitslosen etc.) langanhaltender Arbeitslosigkeit frühzeitig entgegenwirken. Denn die Lebenssituation der älteren Arbeitslosen ändert sich häufig gerade dann (man ist versucht zu sagen: glücklicherweise), wenn diese das Rentenalter erreichen und für sie damit – im Sinne einer neuen Statuspassage²⁸ – eine neue Lebenslage entsteht. Der Betroffene muss nicht mehr als Arbeitsloser, wie von der Gesellschaft erwartet, arbeitsmarktorientiert sein, sondern ist als Rentenempfänger von dieser Pflicht entbunden: Die neue Statuspassage wird als neue Freiheit mit größerer Zeitsouveränität empfunden. Auch über solche Aspekte sollte man nachdenken, wenn es in den Rentenreformdiskussionen um die Verschiebung des Zugangsalters zur Regelaltersrente geht.

27 „Auf dem Ehrenamts-Markt sind genau dieselben Qualifikationen gefragt, die auch eine erfolgreiche Erwerbsbeteiligung fördern.“ M. Erlinghagen (Anm. 24), S. 17.

28 Vgl. Martin Kohli, Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und Theoretische Argumente, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 37 (1985) 1, S. 1–29.

IV. Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamtes

Da neben der Erwerbsarbeit auch andere gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten zu Identifikation, Sinnerfahrung und sozialer Integration der Individuen in die Gesellschaft wesentlich beitragen können, ist es wichtig, einen Weg zu finden, auf dem der Übergang – und insbesondere der vorzeitige Übergang – von der Erwerbstätigkeit in Rente sowohl aus Sicht der Betroffenen als auch im Sinne gesellschaftlicher Interessen (Erhalt von Human- bzw. Sozialkapital) als positiver Prozess gelingen kann. Denn die älteren Arbeitnehmer sind nur zum geringeren Teil auf die Ausgliederung vorbereitet und können die neuen „Freiheiten“ oft nicht als Chance für neue Lebensinhalte bzw. -gestaltung nutzen – nicht zuletzt auch, weil ihnen die entsprechenden Grundlagen in dieser Situation fehlen²⁹. Hierzu zählen z. B. Informationen über mögliche Einsatzfelder, das Wissen um die eigenen Neigungen und Interessen, aber auch die entsprechenden Qualifikationen. Ehrenamt – hier speziell für Ältere – sollte daher auf der einen Seite durch die Schaffung geeigneter (Infra-)Strukturen, auf der anderen Seite durch die gleichzeitige Befähigung („empowerment“) zu Engagement gefördert werden, und das schon frühzeitig! Dazu sind entwicklungsfähige und zukunftssträchtige Projekte bezüglich einer Weiterentwicklung von Gelegenheitsstrukturen und der Aktivierung bzw. dem Ausbau von Handlungsressourcen nötig³⁰.

Allerdings ist bei Modellprojekten – wie der „Bürgerarbeit“ in Bayern oder der „Aktion 55“ in Sachsen – zur Stärkung ehrenamtlichen Engagements als „Ersatz“ für immer weiter erodierende Arbeitsplätze zu beachten, dass die Aussicht auf einen Erfolg solcher Ansätze wohl nicht nur bereichsspezifisch unterschiedlich ist und von dem jeweiligen sozialen Umfeld, sondern auch von den Individuen selbst, ihrer Sozialisation und insbesondere auch von ihrer spezifischen Lebenslage und Lebensphase abhängt. Welche organisatorischen Formen bzw. Umfelder (auch nach Regionen bzw. in der Differenzierung nach Stadt/Land bzw.

29 Vgl. Helmut Klages, Engagementförderung: Perspektiven zur Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Verwaltung und Bürgern, in: Engagementförderung als neuer Weg der kommunalen Altenpolitik, Stuttgart u. a. 1998.

30 Vgl. z. B. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Engagementförderung als neuer Weg der kommunalen Altenpolitik. Tagungsdokumentation, Stuttgart u. a. 1998; dass. (Hrsg.), Ältere Menschen im sozialen Ehrenamt, Stuttgart u. a. 1996.

Wohngebieten), kurz: welche institutionellen Arrangements allerdings für eine soziale Integration Älterer eher förderlich oder eher hinderlich sind, ist aus dem gegenwärtigen Forschungsstand mit seinen teils faszinierenden, jedoch weitestgehend singulären Befunden bisher weder generell noch gar im Sinne von tragfähigen Handlungsanleitungen ableitbar. So existieren zahlreiche theoretische³¹, aber auch praktische Modelle – die jedoch in ihrer Tragfähigkeit wenig erforscht sind. Auch der viel gelobte und in zahlreichen Studien untersuchte Ansatz des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg³² ist hinsichtlich der Frage, warum dies ein „Erfolgsmodell“ ist und welche Erkenntnisse für andere Initiativen übertragen werden können, letztlich noch nicht evaluiert.

Dennoch zeigt die Fülle von erfolgreichen Initiativen in diesem Bereich³³, dass gerade spezielle, für bestimmte Bevölkerungsgruppen geeignete Rahmenbedingungen (z. B. durch die Einrichtung von Seniorengenossenschaften, Seniorenbüros etc.) es durchaus ermöglichen³⁴, auch außerhalb des Arbeitsmarktes vorhandene (Human-)Ressourcen sinnvoll und sinnstiftend einzusetzen und gleichzeitig dabei die Integration älterer Menschen in die Gesellschaft zu erreichen bzw. zu verbessern. Dennoch wäre es erforderlich, für jedes einzelne Modell genau zu prüfen, von welchen Auswirkungen sowohl für die am Projekt Beteiligten selbst als auch für die direkt oder indirekt partizipierende Gesellschaft ausgegangen werden kann bzw. welches genau die jeweiligen Effekte (und Verbesserungsmöglichkeiten) sind.

V. Forschungsbedarf

Das bisher nur fragmentarisch vorhandene Wissen in der Ehrenamtsforschung (gerade in diesem

31 Zu einem Überblick über verschiedene Konzepte und Modellansätze sowie ihre Verortung als Bewältigungsstrategien von Arbeitslosigkeit vgl. D. Sing/E. Kistler (Anm. 12), S. 49 ff.

32 Vgl. Konrad Hummel, Engagementförderung als politische Aufgabe. Bürgerschaftliches Engagement am Beispiel eines Landesnetzwerkes, in: <http://buerger.aktiv.de/html/artikel/engagement.htm>.

33 Vgl. Jürgen Schumacher/Karin Stiehr, Ältere Menschen im sozialen Ehrenamt. Exemplarische Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen, Stuttgart – Berlin – Köln 1996.

34 Vgl. Joachim Braun/Frauke Claussen, Freiwilliges Engagement im Alter. Nutzer und Leistungen in Seniorenbüros, Stuttgart u. a. 1997.

Bereich) muss in Zukunft um wesentliche Aspekte ergänzt werden. So ist es etwa erforderlich, vorhandene Modelle und Projekte im Detail auf schicht-, milieu- oder aber auch „problemgruppenspezifische“ Integrations- bzw. Exklusionsmechanismen zu prüfen. Vor allem aber auch die aktiv ehrenamtlich Engagierten müssten nach ihrem Integrationsempfinden, ihrer (Lebens-) Zufriedenheit, Lebensqualität oder der Beurteilung ihres sozialen Rückhalts im Alltag befragt werden. Denn auch ähnliche Lebensbedingungen führen – aufgrund unterschiedlicher subjektiver Lebenslagen bzw. Lebensphasen – nicht notwendigerweise zu gleichen Bewertungen, Interpretationen oder Verhaltensweisen, sondern werden durch die persönlichen und sozialen Ressourcen, personenbezogenen Eigenschaften, Einstellungen oder Erfahrungen geprägt. Gerade das Herausarbeiten von Elementen bzw. Faktoren, die es beispielsweise Arbeitslosen, Vorruheständlern etc. ermöglichen, soziale Exklusion außerhalb der Arbeitswelt zu vermeiden bzw. zu überwinden, kann einen Beitrag zu einer neuen – integrativen und sozial ausgewogeneren – Gesellschaft leisten.

Wichtig ist aber auch zu wissen, warum ehrenamtlich Engagierte ihre Teilhabe an spezifischen Engagementbereichen als persönlich wichtige Erfahrung einschätzen bzw. welche Verbesserungsvorschläge bezüglich Konzept und Durchführung aufgenommen werden müssen, um ein höheres Maß an sozialer Integration, aber auch individueller Unterstützung hinsichtlich der Befähigung zur z. B. Selbstorganisation bzw. zum ehrenamtlichen Engagement zu erreichen. So fällt auf, dass sich beispielsweise Frauen viel häufiger unabhängig von ihrer Arbeitsmarktintegration für ehrenamtliches Engagement entscheiden. Die Weiterentwicklung von Projekten und Modellen sollte daher – insbesondere vor dem Hintergrund einer weiteren demographisch bedingten Zuspitzung der Situation auf dem Arbeitsmarkt für Ältere³⁵ – unter Berücksichtigung der tatsächlichen Erwartungen, Hoffnungen, Motive und Wünsche der Teilnehmenden erfolgen: sei es für bürgerschaftliches, sei es für ehrenamtliches Engagement. Dass dabei gleichzeitig gesellschaftlich wichtige (Dienst-)Leistungen erstellt werden könnten, ist mehr als ein nur „wünschenswerter“ (Neben-) Effekt!

35 Siehe hierzu den Beitrag von Ernst Kistler und Markus Hilpert in diesem Heft.